

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 27 / 2020

EMOTION, SPRACHE, POLITIK

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019
- MUSICA PRO PACE 2019
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und der Präsidentin der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Dr. Henning Buck, Univ. Osnabrück (Redaktion Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft)
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Thomas Groß, Rechtswissenschaften, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Johannes Hirata, Volkswirtschaftslehre, Hochschule Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Andrea Lenschow, Sozialwissenschaften, Universität Osnabrück
Dr. Janina Majerczyk, Universität Osnabrück (Geschäftsführung Osnabrücker Friedensgespräche)
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Rea te Poel M.A., Universität Osnabrück (Mitarbeiterin der Geschäftsführung)
Prof. Dr. Chadi Touma, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück

Verantwortliche Redaktion: Dr. Henning Buck und Dr. Janina Majerczyk

Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Henning Buck, Joachim Herrmann, Dr. Janina Majerczyk, Dr. Michael Pittwald, Rea te Poel, Jutta Tiemeyer

Bucheinband: Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Titelfoto: © Universität Osnabrück | Fabian - stock.adobe.com

Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2019-2020 danken wir

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche, Universität Osnabrück, Neuer Graben 29 / Schloss, D-49074 Osnabrück, Tel.: + 49 (0) 541 969 4208, E-Mail: ofg@uni-osnabrueck.de, Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

1. Aufl. 2020

© 2020 Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen, mit Universitätsverlag Osnabrück. Alle Rechte vorbehalten.

Printed in the EU: Hubert & Co. GmbH & Co. KG BuchPartner, Robert-Bosch-Breite 6, D-37079 Göttingen.

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 0948-194X

ISBN 978-3-8471-1245-7

Inhalt

Vorwort	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2019

<i>Das Endspiel. »Game Over« für die EU?</i> Mit Hans-Peter Martin	17
---	----

<i>Die Ängste der Deutschen. Macht Angst Politik?</i> Mit Cem Özdemir, Thorsten Smidt, Ruth Wodak.	43
---	----

<i>Integration in der Stadt: Wie kann sie gelingen?</i> Mit Thomas Groß, Dirk Hilbert, Markus Lewe	65
---	----

<i>Die Zukunft Europas. Europa sieht Deutschland. Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit</i> Von Jean Asselborn	89
---	----

<i>Türkische Identitäten in Deutschland</i> Mit Peter Bandermann, Meltem Kulaçatan, Hacı-Halil Uslucan.	101
--	-----

<i>»Oma, was ist ein Schneemann?« – Diskussion zum Thema Klimagerechtigkeit</i> Mit Nele Falkenreck, Lukas Köhler, Michael Kopatz, Karla Oberwestberg... 121	
---	--

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2019

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>»Dieser Krieg ist nicht unser Krieg!« – Friedensrufe der Dreißiger Jahre. Chorwerke von Barber, Eisler, Vaughan Williams und anderen.</i>	155
--	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

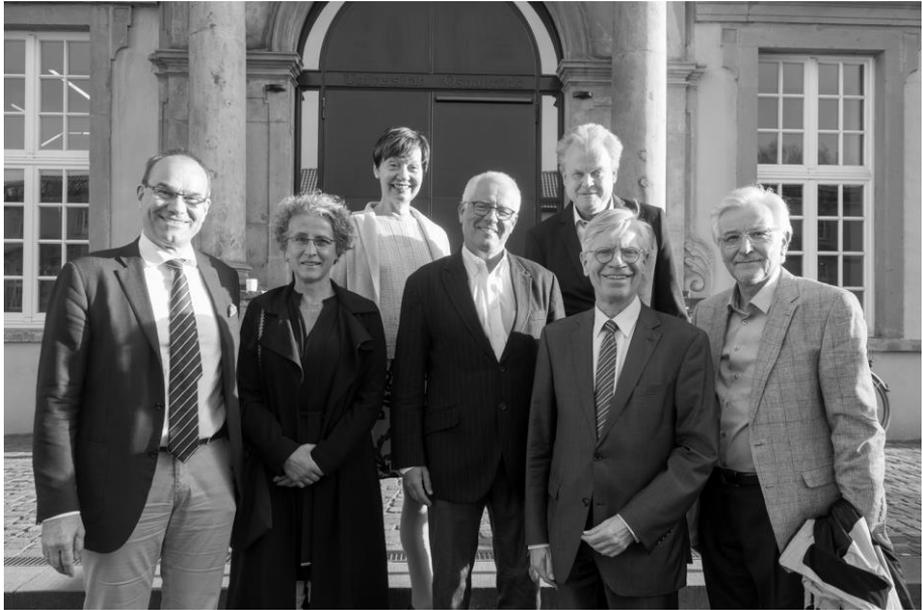
Nikola Kompa, Universität Osnabrück
*Die dunkle Seite der Sprache. Wie man mit Sprache verunglimpfen
und abwerten kann. Eine sprachphilosophische Betrachtung.* 173

György Széll, Universität Osnabrück
Hassbotschaften, das Internet und das Recht 187

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden
*Zum Verhältnis von Angst und Politik in Zeiten von Corona
Oder: Wie Angst zuweilen ein guter Ratgeber sein kann* 205

IV. ANHANG

Abbildungsnachweis 217



Christoph König, Heike Kummer, Martina Blasberg-Kuhnke, Hans-Peter Martin, Wolfgang Lücke, Burkhard Jasper, Roland Czada

Das Endspiel. ›Game Over‹ für die EU?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 25. April 2019

Dr. Hans-Peter Martin

Österreichischer Publizist und Sach-
buchautor
im Gespräch mit

Prof. Dr. Christoph König

Universität Osnabrück

Prof. Dr. Roland Czada

Universität Osnabrück

Christoph König: Man muss sich *Kassandra* als einen konstruktiven Menschen vorstellen. Sie, die Prinzessin in Troja, war vom Gott *Apollo*, der sie liebte, mit der Gabe der Weissagung versehen worden. Später aber, als sie seine Liebe nicht erwiderte, bestrafte er sie, indem niemand ihren Weissagungen künftig Glauben schenken sollte. – Der Titel des Buchs von *Hans-Peter Martin*, über das wir heute diskutieren, stellt eine unheilvolle Prognose, die Prognose eines sich nähernden Endspiels der Europäischen Gemeinschaft. Der Titel des Buches, das auf der *shortlist* des Deutschen Wirtschaftsbuchpreises steht, lautet: *Game Over. Wohlstand für wenige, Demokratie für niemand, Nationalismus für alle*. Dem Titel ist aber auch eine kleine Coda angefügt, eine Frage am Ende des Untertitels. Sie lautet: *Und dann?* Dies ist der Hinweis auf die konstruktive Seite des Buchs, so als wollte der Autor sagen: Wenn ihr meine Analysen ernst nehmt, kommt es womöglich doch nicht so schlimm.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 werden wichtige Weichen stellen. Wir fragen uns: Wie stark werden die nationalistischen Gegner des europäischen Projekts aus den Wahlen hervorgehen? Worin besteht die Gravitation des sogenannten Brexits? Wie steht es mit der Souveränität Europas und wie mit seiner inneren, demokratischen politischen Verfassung? Ist selbst die ökonomische und finanzpolitische Stabilität gefährdet, die vielen schon für das europäische Projekt ausreicht? Wie möchte Europa sich kulturell und angesichts der Vielfalt seiner Sprachen selbst begreifen? Worin soll die Identität eines ›Europäers‹ bestehen?

Hans-Peter Martin ist Journalist, Politiker und Sachbuchautor, und in jedem dieser Felder praktiziert er auch das jeweils andere, im Modus der Symbiose von Journalismus und Politik. Er war nach dem Studium der Rechtswissenschaft in

Wien jüngster Redakteur des deutschen Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* und dessen Korrespondent in Südamerika, Wien und Prag. Zu seinen Büchern, alleamt Bestseller, zählt *Die Globalisierungsfalle*, gemeinsam verfasst mit *Harald Schumann* und 1996 erschienen: Es wurde in 27 Sprachen übersetzt. Von 1999 bis 2014 war Martin als unabhängiges Mitglied des EU-Parlaments in zahlreichen Ausschüssen zur Außen- und Wirtschaftspolitik aktiv. Bei der Europawahl 2009 erreichte seine ›Liste Martin‹ in Österreich 17,7% der Stimmen und drei Mandate. In seinem Buch beschreibt der Autor seine eigene politische Rolle im Rückblick so:

»Wer sich gar auf das freie Mandat beruft, gilt unverzüglich als Quertreiber, sehr schnell als Verräter. Zuerst werden solche Personen zu Unpersonen erklärt, dann gerne für verrückt, schlussendlich bisweilen auch kriminalisiert.«

Nachdem Hans-Peter Martin zur Europawahl 2014 nicht mehr antrat, wurden alle Anklagen gegen ihn seitens der Staatsanwaltschaft in Österreich fallengelassen.

Martins Buch *Game Over* bietet ein Panorama möglicher Gefahren für den Zusammenbruch des Systems. Auf drei Gefahrenfelder kommt er wiederholt zu sprechen: die wirtschaftliche Globalisierung, die nationale Souveränität und die Demokratie. Ähnlich diagnostizierte im März 2019 auch der französische Think-tank *Cercle des Économistes*, und früher schon tat dies *Dani Rodrik* von der Harvard University, der diese drei Felder in einer Art Gesetzlichkeit aufeinander bezieht. Das sogenannte ›Rodrik-Trilemma‹ beschreibt Martin so:

»Von den drei Elementen seien nur zwei möglich. Wer die Globalisierung fortführt, muss entweder den Nationalstaat oder die Demokratie aufgeben. Wer an der Demokratie festhält, hat zwischen Nationalstaat und ökonomischer Integration zu wählen. Und wer am Nationalstaat hängt, muss zwischen vertiefter Demokratie und stärkerer Globalisierung entscheiden.«

Martins Diagnosen sind hieran orientiert, doch seine Haltung ist pessimistisch, denn überall können sich die Dinge so ›zuspitzen‹, dass auch alles andere nicht mehr zu haben sei.

Im Gespräch mit Hans-Peter Martin wollen wir drei Schwerpunkte setzen, auch seinem Buch gemäß: Zunächst einen politischen über das europäische ›Endspiel‹, dann einen globaleren, auf China gerichteten ökonomischen Schwerpunkt und schließlich einen kulturellen Schwerpunkt über die Zerrissenheit der Gesellschaften in Europa. Hans-Peter Martin wird zu diesen Themen jeweils einige

Passagen aus seinem Buch lesen und kommentieren. Zuvor werden wir ihm jeweils eine Frage stellen, um die Perspektive, aus der der Autor diskutiert, deutlich werden zu lassen.

Roland Czada: Mit diesem Buch kommt die große Geschichte eines Niedergangs auf den Leser zu, an der dieser verzweifeln könnte. Bei der rechten Protestströmung ›Pegida‹ ist es ja ganz ähnlich, dort ist der Gegenstand das Abendland, das untergeht.

»Wohlstand für wenige, Demokratie für niemand, Nationalismus für alle«, das geht eigentlich noch über den Untergang des Abendlandes hinaus. Aber welches Spiel geht denn hier zu Ende, Herr Martin? Das Abendland ist es sicher nicht.

Hans-Peter Martin: Es kommt das ›Weiter so‹ zu einem Ende, die Annahme, dass wir einfach kontinuierlich fortschreiben könnten, was sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt hatte, und zwar in dem Bereich, den wir einigermaßen gut überschauen, im sogenannten ›Westen‹.

›Pegida‹ ist hingegen reine Ideologie. Anstoß für mein Buch war die für viele überraschende Wahl von *Donald Trump* zum US-Präsidenten. Ich nahm mir vor, diesen Mann und das, was er sagt, ernst zu nehmen, denn er würde tun, was er sagt. Auch der Brexit-Beschluss ist eine Zäsur. Zeitgleich kandidierte *Marine Le Pen* in Frankreich. Zwar wurde sie nicht gewählt, aber im Hintergrund macht sich schon ihre Nichte bereit, aus den Fehlern, die gegenwärtig so zahlreich begangen werden, Nutzen zu ziehen. ›Game Over‹ ist eine Fortschreibung des Buches *Die Globalisierungsfalle*. Ich bin davon überzeugt, dass die Grundthesen, nach denen wir uns in sehr vielen Bereichen auf einem deutlichen Weg nach unten befinden, zutreffen. Wir werden nicht alle der gegenwärtig so vielen Brandherde mit einem wahrlichkeitsverleugnenden ›Weiter so‹ in den Griff bekommen. Es wird eine massive Transformation der Gesellschaften geben, es verändern sich die Kräfteverhältnisse. Vielen ist noch nicht klar, dass wir in Europa innerhalb einer Generation ökonomisch im Weltmaßstab nur noch halb so relevant sein werden wie heute. Gleichzeitig sehen wir, dass die liberale Demokratie nicht nur unter Druck ist, sondern in vielen Ländern massiv abgelehnt, sogar ersetzt oder zumindest unterlaufen wird. Wir haben es mit einem neuen Weltmodell, das sehr erfolgversprechend vorankommt, zu tun: Ich nenne es den ›kapitalistischen Überwachungskommunismus‹ der Chinesen. Dem muss man sich stellen. Das ist noch abwendbar, aber ich kann bisher nicht erkennen, dass da in ausreichendem Maße reagiert wird.

Christoph König: Bei der Lektüre des Buches bemerkt man, dass hier zwei Berufsfelder in Verbindung gebracht werden: dasjenige des Politikers und das des Journalisten. Als Journalist hat der Autor hier eine politische Agenda, er gibt am

Ende Ratschläge, wie man sich verhalten soll, wobei allerdings die für einen Politiker notwendige Abwägung vermisst werden könnte. Wie hängen diese Perspektiven zusammen? Als Politiker im Europaparlament haben Sie eine besondere Rolle eingenommen, weil Sie sich auch als Journalist im Sinne einer Aufklärung von Missständen im Europaparlament verstanden haben. Haben Sie beide Rollen zugleich wahrnehmen können?

Hans-Peter Martin: Zu meiner politischen Rolle im EU-Parlament: Ich wollte da konstruktiv mitarbeiten und meinen Beitrag auf der Basis früherer journalistischer Arbeiten leisten. Mein Ziel war vor allen Dingen, einen Beitrag zu leisten, um die Weltfinanzarchitektur unter Kontrolle zu bringen. Da gab es aber viele Verhinderer. Es gab entsprechende Einflussnahmen, und das Erleben des Politikbetriebs von innen, wovon ja ein Journalist oft träumt – worüber wird wirklich gesprochen, wenn alle Türen geschlossen sind und nur noch die wichtigen Entscheidungsträger zusammensitzen? –, das hat mich zunächst erstaunt, dann entsetzt und auch empört. Meine politische Arbeit habe ich immer als Prellbock gegen rechts verstanden. Es gab ja seit 2001, 2002 stets Stimmen, die betonten: Wenn wir es nicht schaffen, die Europäische Union vom Kopf auf die Füße zu stellen, tatsächlich zu demokratisieren, Missstände abzustellen, dann wird sie immer mehr Gegenwehr hervorbringen. Weil der politische Apparat sich aber zunehmend verselbstständigt hat, wurde dies überhört. Und so wurde ich dann zu so etwas wie einem investigativen Abgeordneten, und in dieser Rolle bin ich dann geblieben. Ich habe da versucht – um im Sprachbild zu bleiben –, eine Art Cassandra zu sein. In vielen Reden und Auftritten warnte ich immer wieder vor dem Hochkommen der Neoliberalen. Ich wollte den Österreichern zeigen, wie man bestimmte Dinge auffangen und verändern kann, musste aber erleben, dass das alles nicht gewollt wird, und dass es zu einer Abschottung führt.

Zum Thema des Abends, so haben wir es vereinbart, möchte ich jeweils anhand von Textpassagen aus meinem Buch in dessen Themen einführen und Ihnen so vermitteln, wo wir heute stehen. Es sind zunächst vier »Sündenfälle« der EU, ferner zwei Dilemmata und die aktuellen Konsequenzen davon, mit denen wir uns beschäftigen wollen.

»Die erste Sünde besteht in dem Versäumnis, eine ernsthafte, nicht überbordende, aber wirksame *Regulierung der Weltfinanzarchitektur* auf den Weg gebracht zu haben. In den späten 1990er Jahren bestand dafür ein historisches Zeitfenster. Die EU umfasste damals nur 15 Mitglieder, doch der Euro war bereits durch Fixierung der Wechselkurse innerhalb der Gemeinschaft auf den Weg gebracht. Der deutsche Finanzminister *Oskar Lafontaine* war zu diesem Zeitpunkt der mächtigste sozialdemokratische Parteichef weltweit und strebte eine umfassende Finanzregulierung an. Ohne sie – so lautete damals seine Warnung, die sich später als prophetisch erwies – seien große Verwerfungen an den Börsen und in

der Realwirtschaft unvermeidlich. Doch die Finanzjongleure der *City of London* agitierten politisch *massiv* gegen den SPD-Chef, und mit Bundeskanzler *Gerhard Schröder* brachte sich ein noch intimerer Gegner in Stellung. Lafontaine trat am 11. März 1999 entnervt von allen Ämtern zurück. Es war wohl einer dieser wichtigen Momente in der europäischen Nachkriegsgeschichte, in denen eine völlig falsche Weichenstellung erfolgt ist.

Der zweite nachhaltige Sündenfall reicht zurück in die Zeit von *Michail Gorbatschow*, dem letzten Generalsekretär des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion. Er hatte den Kalten Krieg zu einem friedlichen Ende gebracht. Stets warb er dabei um Ausgleich, aber auch um Hilfe beim Umbau seines Riesens Reichs in Richtung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. Doch der Westen – unter der Führung der USA – ging darauf kaum ein. Der Sieg der Freiheit über kommunistische Diktaturen wurde gefeiert; ein neuer Marshallplan allerdings, ein großes Konjunkturprogramm, blieb aus. Stattdessen erweiterten die USA allein in Europa ihre Einflussosphäre über zusätzliche 100 Millionen Menschen und mehr als eine Million Quadratkilometer. Die NATO vergrößerte sich in Richtung Osten, die Demütigung Russlands war unübersehbar. Dessen Bürger sprachen vielfach von einem ›zweiten Versailles‹. In ihrer tief gekränkten Gesellschaft verschafften sie einer großen Koalition aus Oligarchen und ehemaligen KGB-Offizieren wie *Wladimir Putin* die Macht: Der Nationalstolz gedieh wieder.

Sündenfall Nummer drei ist die vorschnelle Erweiterung der Europäischen Union kurz nach der Jahrtausendwende. Bis zum Dezember 2000 galt noch der Leitsatz ›Vertiefung vor Erweiterung‹. Den Regierenden war bewusst, dass die Union in der Zukunft klare Entscheidungsstrukturen benötigen würde. Das in viel zu vielen Fällen geltende Prinzip der Einstimmigkeit ließ zu Recht die Furcht vor Blockaden aufkommen, sobald sich die Zahl der Mitglieder erhöhte. So stand kurz vor Weihnachten 2000 beim EU-Gipfel in Nizza eine große EU-Reform dringlich auf der Tagesordnung. Doch an der Côte d'Azur wurde wie auf einem Basar um Stimmgewichtungen und Posten gerungen – ohne befriedigendes Ergebnis.

Die vierte große Untat der Europäischen Union ist eine parteipolitische. Seit 1999 stellt die europäische Volkspartei EVP die größte europäische Parteienfamilie. Ihr gehören die CDU und CSU ebenso an wie in Österreich die ÖVP. Zwecks Machterhalt wurde dadurch die Glaubwürdigkeit geopfert, vor allem beim Umgang mit Ungarns Regierungschef *Viktor Orbán*, der seit vielen Jahren gegen die Satzung der EVP verstößt, in der sich alle Mitglieder verpflichten, »den Einigungs- und föderalen Integrationsprozess in Europa als konstituierenden Bestandteil der Europäischen Union zu fördern«. Statt Orbán auszuschließen und klare inhaltliche Abgrenzungen vorzunehmen, ließ man ihn gewähren.

Und wo stehen wir heute? Dazu zwei von sieben europäischen Zwickmühlen:

Eine ist in meiner Wahrnehmung das ›Macron-Merkel-Dilemma‹. Frankreich und andere EU-Staaten brauchen unbedingt eine gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik und eine Bankenunion, ansonsten haben die französischen Rechtsnationalen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2022 beste Chancen, die Macht zu übernehmen. Lässt sich aber die CDU/SPD-Koalition auf solche Forderungen ein, profitiert davon die AfD. Dies gilt auch für neue, kostenintensive Flüchtlingsabkommen oder gar einen Schuldennachlass gegenüber Italien. Und der absehbare Wirtschaftsabschwung in Deutschland kann sich für die Neonationalen sogar zum Turbo entwickeln.

Das zweite Dilemma ist das ›Europa-und-der-Rest-der-Welt-Dilemma‹: Euro-



Hans-Peter Martin

pas Völker wollen zusammen sein, aber nur irgendwie, jedenfalls nicht in Vereinigten Staaten von Europa. Die Außengrenzen sollen geschützt, aber keine ernsthafte gemeinsame Außenpolitik betrieben werden. Freizügigkeit für die jeweils eigenen Bürger eines Staates ist erwünscht, aber nicht für die anderen. Ein Sozialstaat ja, aber keine Sozialtransfers in andere

Länder. Sichere Banken unbedingt, aber keine Bankenunion. Gleichzeitig verliert der europäische Kontinent gegenüber dem Rest der Welt immer mehr an Bedeutung, wirtschaftlich, demografisch, politisch – und könnte sich doch nur geeint behaupten.

Die Konsequenzen, die daraus resultieren, werden jetzt erkennbar. Wir werden es erleben, dass das Wahlvolk wie schon früher den EU-weiten Urnengang zum Protest in der Wahlkabine nutzen wird und dass diese aufstachelnde Emotionalisierung, die wir jetzt in Ungarn, aber auch in meinem Geburtsland Österreich erleben, zum Erfolgsgaranten wird, zumal die Wahlbeteiligung ja immer verlässlich niedrig war. Ein mitreißender, pro-europäischer Wahlkampf für eine neue, vernünftige Europäische Union könnte dagegenhalten. Doch wer führt ihn, wer soll ihn führen, mit welchen Themen?«

Roland Czada: Zusammengefasst lautet Ihre These, dass die EU ihre Chancen verpasst hat. Die EU hatte Chancen nach dem Fall der Berliner Mauer, und sie hat

sie nicht genutzt. Dass man nicht auf Lafontaine gehört hat, ist für Sie die erste falsche Weichenstellung, denn er hatte recht nach Ihrer Ansicht. Sein Konzept einer neuen Finanzarchitektur hätten die EU und die Welt gebraucht, aber er wurde von der Finanzwelt gemobbt und als Laie hingestellt. Zweitens: der falsche Umgang mit Russland und die Dominanz der USA in dem neuen Europa; drittens: eine Kritik der Erweiterungspolitik. Viertens, parteipolitisch: dass die Rechtsnationalen innerhalb der europäischen Volksparteien nicht frühzeitig gestoppt wurden, dass man nicht gesehen hat, was sich mit Orbán und in Polen auf tut.

Was mögen die Ursachen dafür gewesen sein? Warum ist das so passiert? Meine Antworten wären relativ einfach: Lafontaine ist schlichtweg gescheitert; das europäische Selbstbewusstsein nach dem Ende der europäischen Teilung reichte nicht aus, um die USA in ihrem Expansionsdrang zu disziplinieren; die Erweiterung war eher ein wirtschafts- bzw. globalisierungspolitisches Projekt, kein eigentlich europäisches Freiheitsprojekt. Orbán – das ist dann die Reaktion. Für einen unserer früheren Podiumsgäste, den Soziologen *Wolfgang Streeck*, wäre die Antwort ganz einfach: Ursache für all dies ist der Kapitalismus! In Ihrem Buch, Herr Martin, findet man an keiner Stelle eine dezidierte Kapitalismuskritik.

Hans-Peter Martin: Ich sehe die großen Vorteile des Kapitalismus, aber er muss gezügelt werden, und das ist in der Geschichte mehrfach geglückt, gerade in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Für mich ist es nicht der Kapitalismus, auf den sich die genannten vier Sündenfälle zurückführen ließen. Es geht mir auch nicht darum, ob Lafontaine im Detail recht hatte. Die Möglichkeit, das immer stärkere Auseinanderdriften zwischen realer Wirtschaft und der Finanzwirtschaft zusammenzufügen und bestimmte Fehler, die in diesem überzogenen Finanzkapitalismus in den USA ständig begangen worden sind und werden, bei uns zu verhindern, wurde einfach nicht genutzt. Da steht Lafontaine für eine Grundkonzeption, für ein Grundanliegen.

Zweitens: Ich verstehe, was Sie meinen, wenn Sie sagen, dass wir den USA nicht genug Stirn geboten haben. Es hätte – auch von Österreich aus – mehr Möglichkeiten dazu gegeben, Russland die Hände zu reichen, statt auf halbem Wege stehenzubleiben und zu sagen: So, jetzt ist der Kalte Krieg beendet, den haben wir gewonnen, der Rest interessiert uns nicht. Da ist einfach zu wenig aufgeklärt worden, zu wenig auf diejenigen gehört worden, die sagten: Europa schließt Russland mit ein, mit denen müssen wir etwas Gemeinsames machen.

Die vorschnelle EU-Erweiterung sehe ich nur bedingt als kapitalistisch getrieben. Nachdem die Bemühungen um das ›Multilaterale Abkommen über Investitionen‹ (*Multilateral Agreements on Investment*) in den 1990er Jahren gescheitert waren, das eine Investitionsabsicherung für große Unternehmen ermöglicht hätte – mit dem kompletten Verbot jeder Form von Enteignung oder starker Regulie-

rung von Indien bis Kalifornien –, gab es ein sehr starkes Bestreben der Großindustrie, wenigstens den Binnenmarkt Europa zu erweitern und zu vergrößern. Aber es gab auch ein politisches Momentum für einen *big bang*, bei dem alle gleichzeitig in die EU kommen.

Bis dahin hatte das Regattaprinzip gegolten: Diejenigen Länder, die bestimmte Beitrittskriterien erfüllen, werden aufgenommen, und dann kommt die nächste Runde. Da waren politische Entscheidungen im Hintergrund gefallen, die sicher unter ökonomischem Druck erfolgt sind, aber das Nachgeben der Politiker, der politischen Klasse, des politischen Systems gegenüber den Kräften der Wirtschaft zeigt ja erst recht, dass wir das Primat der Politik brauchen, und das steht nicht im Widerspruch zum Kapitalismus.

Roland Czada: Nicht der Kapitalismus, aber die Kapitalisten stehen bei Ihnen doch schon am Pranger. Sie wettern gegen das Finanzkapital, gegen die Banker. Der Neokapitalismus ist ja eigentlich der große Buhmann ...

Hans-Peter Martin: Kein Buhmann, sondern ein zentrales Problem! Diese Art des überzogenen Neoliberalismus hat uns maßgeblich den *Neonationalismus* beschert, und das ist eine Analyse, die mittlerweile von vielen geteilt wird. Der Neoliberalismus ist die Ausprägung einer bestimmten Wirtschaftspolitik, verbunden mit einem gewissen gesellschaftspolitischen Konzept des Kapitalismus: Du kannst es schaffen, Erfolg haben, man muss dich nur alles tun lassen, was irgendwie möglich ist. Für mich war nie die Frage, Kapitalismus: ja oder nein, denn ich kenne kein anderes System.

Christoph König: In ihrem Buch wird mehrfach ein gewisser Automatismus beschrieben: Der Neoliberalismus setzt sich durch, und die Neonationalen profitieren davon durch die Unzufriedenheit der Leute. Fehlt dabei nicht die Ebene der Reflexion über das Europäische Projekt, etwa welche Wirkung es hat, wie Europa dargestellt wird? Und wie man die Leute davon überzeugen kann, um die fatale Automatik zu durchbrechen? Eine europäische Dynamik ließe sich doch auch als das Schaffen von *faits accomplis* beschreiben, vollendeten Tatsachen, etwa am Beispiel des Europäischen Gerichtshofes. Mit diesem wurde sogar eine ganze Reihe von Tatsachen geschaffen, indem diese europäische Institution das Völkerrecht als Staatsrecht ausgelegt hat und dann die Politik zwang nachzuziehen. Dieter Grimm hat darüber geschrieben. Man könnte das Europäische Projekt auch als ein andauerndes beschreiben, in dem ständig Nachkorrekturen angebracht werden, vor allem Korrekturen an einer demokratischen Legitimationslücke in Europa, wie sie die Politik des ungarischen Präsidenten Orbán fordert. Daher die Frage: Welche Rolle spielt das Nachdenken, die Reflexion über europäische Prozesse und die Kritik angesichts von wirtschaftlichen Automatismen?

Hans-Peter Martin: Ich war, bin und bleibe ein glühender Anhänger der europäischen Einigung und war lange auch ein Anhänger der Grundkonzeption, dass es sich bei den Werten der Europäischen Union um eine Konstruktion *sui generis* handeln würde, also um etwas Einzigartiges in seinen Charakteristika. Aber: Man hätte Ende der 1990er Jahre den Sack zumachen müssen. Das war auch so vorgeesehen, und es wäre möglich gewesen, bevor wir Österreicher mitreden konnten und drei neue Mitglieder 1995 dazukamen. Bis dahin war immer klar gewesen: Bevor eine Erweiterung erfolgt, muss der Club *entscheidungsfähig* gemacht werden. *Roman Herzog*, der verstorbene Bundespräsident und ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat noch 2009, als bereits der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten war, geschrieben, dass es weiterhin ein substanzielles Demokratiedefizit in der EU gibt. Wenn Staaten in die EU aufgenommen werden, die noch wenig gefestigt sind und dem Grundgedanken der immer voranschreitenden Integration sehr kritisch gegenüberstehen, wie das eben in Ungarn und in Polen der Fall war, ist es kein Wunder, dass die zu kippen beginnen und ganz andere Agenden verfolgen und sich jetzt wechselseitig schützen und decken können. Und gleichzeitig hat man es noch mit den Briten zu tun, mit denen ständig Kompromisse gesucht werden mussten.

Wir stehen da jetzt vor einer ganz eigenen Herausforderung, nämlich vor der Situation, dass wir nicht einmal ordentliche rechtsstaatliche Verfahren gegen sie einleiten können. Es sind einfach schwere politische Fehler gemacht worden, darum ja auch der Buchtitel *Game Over*. Aus dieser Lage kommen wir mit einfachen ›Nachbesserungen‹ nicht mehr heraus. Ich war lange Zeit dafür, einen neuen europäischen Verfassungsvertrag vorzubereiten und darüber eine große Volksabstimmung abzuhalten. Dagegen ließe sich einwenden, dass so etwas schon in Frankreich und in den Niederlanden in den 2000er Jahren abgelehnt wurde. Meine Einschätzung ist, dass wir in der Politik und in den Medien bisher nicht ehrlich genug waren, zu sagen, dass es wirklich um alles oder nichts geht! Es geht tatsächlich um die Positionierung Europas in der Welt. Mit den globalen Veränderungen Schritt zu halten, schaffen wir nur, indem wir zusammenhalten und wirklich einmal den großen Sprung wagen und nicht nur Europa als das Elitenprojekt durch die Hintertür verstehen. Das wurde von ganz vielen Wählerinnen und Wählern nicht verstanden, und jetzt bekommen wir die Quittung dafür.

Roland Czada: Sie sagen, die EU sei zu schnell groß geworden. Es seien so viele Länder, und da sei es schwierig, zu Entscheidungen zu kommen. Aber es ist ja schon im Kleinen schwierig zu entscheiden: Wenn man die Konfliktlagen zwischen Merkel und Macron betrachtet, dann scheint ja schon der Kern der Europäischen Union gespalten. Frankreich hat ganz andere wirtschaftspolitische Vorstellungen als Deutschland. Schon da kommt keine Entscheidung zustande, obwohl darüber geredet wird.

Hans-Peter Martin: Das ist genau das Problem: dass wichtige Entscheidungen eben nicht getroffen worden sind; dass es eben nicht geglückt ist, eine gemeinsame Linie zu finden, auch im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. In Deutschland dominiert sehr stark das Selbstbild des ›Exportweltmeisters‹: Wir Deutschen machen so vieles richtig, die anderen müssen es uns nur gleichtun. Es kann aber keine Welt mit lauter Exportweltmeistern geben. Ein Exportweltmeister hat immer entsprechend viele Schuldner, und so sind bestimmte Ungleichgewichte entstanden. Wir müssen auch verstehen, dass Frankreich, was den Produktivitätszuwachs betrifft, bis zur Finanzkrise sogar vor den Deutschen lag und dass in Deutschland durch die Hartz-IV-Reformen ein riesiger Niedriglohnssektor entstanden ist. Das ergab einen taktischen und strategischen Vorteil, der für andere Länder in der EU zu massiven Problemen geführt hat. Wenn die Deutschen als Europäer nicht einen Ausgleich finden, nicht den Franzosen mit Verständnis begegnen und mit ihnen eine Einigung finden – und das gilt auch für Italien –, dann wird es auch den Euro nicht mehr lange geben können.

Was jetzt den Deutschen passiert, teilweise auch den Österreichern, wird deutlich im Zuge des hochkommenden Neonationalismus, der *extrem* falsche Antworten auf ökonomische soziale Probleme gibt und in eine Scheinkonfrontation führt. Man schaue sich den italienischen Politiker *Salvini* an. Von ihm hört man: Die Deutschen machen es uns so schwer. Im nächsten Schritt, der unmittelbar bevorsteht, wird dann wahrscheinlich gesagt: Kauft nicht bei Deutschen!

Wenn wir den Euro halten wollen und damit einen wichtigen Teil der europäischen Einigung, dann gibt es kaum einen anderen Weg, als dass wir uns darauf einlassen, mit Italien einen Schuldenschnitt zu vereinbaren – selbstverständlich unter massiven Auflagen, aber um die europäische Einigung unbedingt zu erhalten. Davor drücken sich aber die Entscheider.

Publikum: Die bevorstehenden Europawahlen sind wieder nationale Wahlen, es dominieren nationale Themen und Kandidaten. Daher meine Frage: Welche Akteure könnten dieses ›Game Over‹ noch verhindern? Sie haben auf Ungarn verwiesen und auf Polen, aber vorher gab es schon in Österreich die schwarz-blaue Koalition mit der FPÖ. Italien ist gekippt, in Spanien treten offen rechtsextreme Franco-Anhänger wieder vor. Nach letzten Umfragen tritt nur eine Minderheit der Europäer noch für die Demokratie ein. Auf welche gesellschaftlichen Kräfte können wir setzen? Sind es die demokratischen Parteien? Ist es die Jugend, die jetzt auf die Straße geht für die Umwelt? Oder die Gewerkschaften? Wo sehen Sie das Potenzial?

Publikum: Ich habe Familienangehörige in Frankreich, von denen ich höre, wie sie die Deutschen sehen. Dort heißt es oft: Die Deutschen machen uns vor, wie es gehen soll, wir müssen es genauso machen wie sie, um erfolgreich zu werden.

Aber viele der Freunde meines Onkels haben keine Lust mehr, immer so sein zu müssen wie die Deutschen. Wie wird das in Österreich gesehen? Wie könnte die deutsche Politik dafür sorgen, dass Deutschland nicht mehr als unerreichbares Vorbild gesehen wird, sondern als ein Land, das möchte, dass alle in Europa an einem Strang ziehen?

Hans-Peter Martin: Ich bin davon überzeugt, dass Deutschland unter den großen Staaten der Erde die mit Abstand fortgeschrittenste Demokratie ist. Und man soll auch die ökonomischen Leistungen der Deutschen nicht kleinreden. Aber es geht um ein wechselseitiges Verständnis, und da wird das Zentralproblem sichtbar, dass es eben keine europäische Sprache gibt. Die Versuche, das Englische zu etablieren, sind vorangekommen, reichen aber nicht aus. Die sehr vernunftbegründete Sogwirkung, Europa als das große Friedensprojekt zu sehen, greift 60, 70, 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bei nachwachsenden Generationen weniger, gerade auch bei uns, und im Osten war damit sowieso immer hauptsächlich eine andere Fragestellung verbunden. *Game Over* heißt das Buch auch, weil ich tatsächlich sehr pessimistisch bin. Ich fürchte, dass der Leidensdruck noch viel größer werden muss und es tatsächlich noch großer Friktionen bedarf, bis sich ein kollektives Aufwachen durchsetzt. Damit sind wir bei den Akteuren, auf die zu setzen ist – selbstverständlich sind das die jungen Menschen.

Viele von ihnen sehen die Europäische Union mit all ihren Vorzügen sehr positiv und können das auch reflektieren, aber in der Summe reicht es nicht. Weil es eben keine gemeinsame Sprache gibt und weil sehr massive Interessen auch bei einigen mächtigen Medienmenschen dagegenstehen. *Robert Murdoch*, der aus Australien kam, ist ein globaler Spalter. Er betreibt *Fox News*, richtet in den USA viel Unheil an und ist in Großbritannien einer der Hauptverantwortlichen für das unselige Ergebnis bei der Volksabstimmung über den Brexit. Er war der Mann hinter der *Sun* und anderen großen Medien. Auch in Österreich und in Ungarn agieren verschiedenste Medienmacher sehr national und nationalistisch. Da gibt es dann Wechselwirkungen mit den Lesern.

Woher kommt diese Sehnsucht, sich zurückzubedenken, als Nation wieder stark sein zu wollen? Das hat viel mit der Globalisierung und der Komplexität der daraus entstehenden Probleme zu tun. Da verfangen dann die einfachen Antworten, und es gibt kaum Widerspruch. So sind viele Konflikte in der Zukunft absehbar. Zwar gibt es immer wieder erfreuliche Ansätze wie etwa die Initiative *Pulse of Europe*, aber das war bisher nicht durchschlagend. Es gibt bisher keine gemeinsame europäische Erzählung, die wirklich an die Herzen sehr vieler Menschen geht. Stattdessen gibt es viele neue neonationale Erzählungen.

Zudem steckt der europäische Kontinent in weiteren Zwickmühlen: Zum einen ist da das ›Robotik-Export-Dilemma‹: Digitalisierung und Robotisierung machen

viele Arbeitsplätze überflüssig und setzen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich unter Druck. Gleichzeitig müssten die Löhne vor allem in Deutschland steigen, um die Binnennachfrage anzukurbeln und die Wirtschaft damit weniger exportabhängig zu machen. Das würde aber die Exportprodukte verteuern. Zum anderen gibt es das ›Dollar-Euro-Dilemma‹: Ohne den Euro als weltweit wichtige Reservewährung können sich die EU-Staaten nicht gegen die Dollar- und Sanktionsmacht der USA behaupten, weder im Verhältnis zu Russland noch gegenüber dem Iran. Mit der Geltung des Euro wachsen allerdings die Probleme mit Ländern wie Italien, die ihre Schulden kaum mehr abtragen können, da sie nicht abwerten können.

Hinzu kommt ein weiterer Themenblock, der für die Zukunft aus meiner Sicht prägend sein wird: das Dilemma ›Sicherheit-Überwachung‹. Mehr Sicherheit vor Terroranschlägen führt zu immer mehr Überwachung und ermöglicht illiberalen Politikern und Beamten, eine immer größere Kontrolle über das Leben jedes einzelnen Bürgers auszuüben. Und schließlich gibt es das ›China-USA-Dilemma‹: China verfolgt unter der Flagge des Freihandels nahezu ausschließlich den eigenen Vorteil. Die US-Administration will im Handelskonflikt mit dem Reich der Mitte die EU-Staaten auf ihrer Seite sehen. Folgt Brüssel dem Drängen Washingtons, wird Peking in verschiedenster Form massiv reagieren, auch durch Druck auf europäische Unternehmen und Investoren. Hält sich hingegen die Europäische Union zurück, wird die US-Regierung noch mehr auf Einfuhrzölle für Waren aus Europa setzen. Das wäre schon Problem genug, wenn sich China nicht so schnell entwickeln würde. Während die politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union quälend lange etwa um Flüchtlingsquoten ringen, können die Machthaber der Volksrepublik China aus einer Fülle langfristig durchdachter Antworten wählen. Und sie handeln: China ist der einzige Staat, der einen globalen geostrategischen Plan konsequent umsetzt. Pekings Regenten beherrschen die gesamte Klaviatur von *soft power* über *sharp power* bis *hard power*, mit schmeichelhafter Diplomatie und Wirtschaftshilfe, mit rücksichtslosen Geschäftspraktiken und Handelsstreit, mit repressiver Machtpolitik und militärischer Aufrüstung. Sogar der Natur und dem Klima will die politische Führung mit Geo-Engineering nachhelfen, mithin den Planeten ändern.

Nur noch wenige Jahre bleiben bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Riesenreich wirtschaftlich, politisch und in der Wissenschaft weltführend sein will. 2025 soll ›*Made in China*‹ in allem Vorbild sein, in allem. Es gibt kaum noch etwas, das die Herrscher in Peking davon abhalten könnte. Vorbei sind die Zeiten, als Chinas Führung im eigenen Interesse das Prinzip der Nicht-Einmischung über alles stellte und glauben machte, sich damit zufriedenzugeben, dass jedes Land nach seiner eigenen Fassung glücklich werden solle – und könne. Nur wenige Staaten Afrikas profitieren inzwischen *nicht* von Chinas Investitionen, im Gegenzug sichert sich das Reich der Mitte vor allem die Rechte an Ackerflächen und Rohstoffen, gezielt

auch für Batterien für Elektroautos, Smartphones und Computer. China investiert in die neuen ›Seidenstraßen‹ mit ihren Eisenbahnstrecken, Pipelines und Kraftwerken, Straßen und Häfen quer über den asiatischen Kontinent – bis hin nach Genua neuerdings – mehr als die USA in das Konjunkturprogramm des Marshallplans nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieses Projekt festigt die Supermacht, auch weil es sich vielfach als Schuldenfalle für andere entpuppt. Bereits im Jahr 2012 etablierten Chinas Geopolitiker die ›Plattform 16+1‹, in der sie mit Osteuropas Staaten von Albanien bis Estland kooperieren. Ungarn entwickelte sich dabei zusehends zu einem Außen- und Horchposten des Reichs der Mitte mitten in der Europäischen Union. Mit dem ökonomischen Aufstieg im Rücken und einer Machtbasis, die über eine technisch perfektionierte Volksüberwachung abgesichert ist, propagiert Chinas politische Elite ihr autoritäres System immer offensiver als alternatives Modell zum Konzept der westlichen Demokratie. Pekings Machthaber erarbeiteten eine Antwort auf die so weit verbreitete Entwicklung zum ›Wohlstand für wenige, Demokratie für niemanden und Nationalismus für alle‹ im Westen. Sie lautet: erheblich wachsender Wohlstand für sehr viele, Demokratie für niemanden und ein alles dominierender Nationalstaat – China. Die neue Weltmacht kann aus dem Vollen schöpfen. Selbst wenn der Westen aus politischen und/oder wirtschaftlichen Gründen China boykottieren würde, könnte sich das Riesenreich auch alleine weiter entfalten, zumal viele Staaten Sanktionen nicht mittragen könnten oder wollten. 1,4 Milliarden Menschen bilden schon für sich genommen einen großen Markt.

Staatspräsident *Xi Jinping* sagt: »Nichts kann uns stoppen, den chinesischen Traum vom Wiederaufstieg Chinas in der Welt zu verwirklichen. Wir haben starke Fähigkeiten, unseren rechtmäßigen Platz in der Welt einzunehmen«. China werde in der neuen Ära unter seiner Führung den Aufbau moderner Streitkräfte »von Weltklasse« beschleunigen. Und: »Wir sind entschlossen, den blutigen Kampf gegen unsere Feinde zu kämpfen«. Deshalb spricht vieles für eine ganz neue Vision: ›Die Welt – ein China‹, oder wer das diplomatisch eleganter will: ›Die Welt – alles nur Volksrepubliken *à la Chine*‹.

Roland Czada: Auch ich bin seit Längerem ein Kritiker der chinesischen Einparteiendiktatur. Sicher ist es attraktiv, nach China zu fahren und dort Geschäfte zu machen. Ich finde es aber auch richtig, kritische Impulse gegenüber China zu betonen, wie sie in der Presse und in der öffentlichen Meinung – auch in Ihrem Buch – wieder in jüngster Zeit häufiger vorgebracht werden. Denn wir hatten doch lange geradezu eine China-Euphorie in Europa. In *dem* Punkt würde allerdings auch Donald Trump sofort zustimmen. Auch er würde sagen: Die Chinesen mit ihrem Expansionsdrang, mit ihrem Militarismus, mit ihrem Nationalismus bedrohen den Weltfrieden.

Nur wie dämmt man China ein? Die unmittelbaren Nachbarn im Südchinesischen Meer sind direkt betroffen. Wie geht man damit um, vor allem wenn man Amerika, die einzige Macht, die China noch in Schach halten kann, selber kritisch sieht? Sollen wir auf Trump hoffen, dass er China eindämmt? Wo bleibt Europa dann am Ende?

Hans-Peter Martin: Selbstverständlich ist es eine große Leistung, dass es in China gelungen ist, so viele Menschen in so kurzer Zeit aus extremer Armut herauszuführen. Die Chinesen halten sich dabei viel auf ihre Einparteiendiktatur zugute. Bis 2008 zeigte sich China sehr interessiert am Weg des freien Westens und gab



Hans-Peter Martin und Roland Czada

vor, die liberale Demokratie anzustreben, was aber nicht so schnell möglich sei. Nach den Olympischen Sommerspielen 2008 in Peking änderte sich der Ton massiv, und ab 2010 wurden z.B. wir EU-Parlamentarier in Gesprächen sofort abgeblockt, wenn wir auch nur versucht haben, bei Ta-

gungen im Rahmen des Unterkapitels ›harmonische Gesellschaft‹ einzelne Menschenrechtsfragen anzusprechen. Wir müssen einfach feststellen, dass wir da nicht nur Illusionen aufgefressen sind, sondern möglicherweise einer bewussten Selbsttäuschung, die in der Annahme bestand, dass aus einer modernen, sich entwickelnden Wirtschaft sich automatisch so etwas wie eine Demokratie entwickeln würde, weil ja für Innovation und Weiterentwicklung freidenkende Geister gebraucht werden. Irgendwann, so dachten wir, würde der Widerstand größer werden. Jetzt erleben wir das Gegenteil, insbesondere durch die umfassenden Überwachungsmechanismen. Ganz bewusst habe ich am Schluss meines Buches formuliert, was aus meiner Sicht wichtig ist und was man tun muss: nämlich China die Stirn bieten. Der weltweite Sog in einen chinesischen Überwachungs-kapitalismus muss politisch und ökonomisch durchbrochen werden. Dazu gehört neben Datenschutz das Eintreten für die Universalität der Menschenrechte, auch wenn es ökonomisch schadet. Die Volksrepublik China darf nicht als Marktwirtschaft anerkannt werden, und die europäischen Staaten und Unternehmen dürfen

nicht aus Enttäuschung über die gegenwärtige US-Regierung zu nützlichen Idioten der Machthaber Pekings werden.

Christoph König: Ich möchte gerne dazu zwei mögliche Wege skizzieren. Der eine betrifft die Freiheit der Souveränität Europas, also was man dagegenhalten kann. Macrons »Initiative pour l'Europe« ist zwar höchst umstritten in Europa, gerade in der deutschen Politik. Aber sie wäre eine Möglichkeit dagegenzuhalten. Ein zweiter Weg wäre, zunächst einmal mehr über China in Erfahrung zu bringen. Wir wissen nämlich noch nicht, was China ist. Umgekehrt gibt es eine große Kenntnis Chinas über uns Europäer. In der chinesischen Stadt Guangzhou (Kanton) wurde vor einigen Jahren an der Universität ein Institut für Germanistik gegründet und mit sechs Professuren ausgestattet. Wir in Europa haben kaum die Möglichkeit, über unsere begrenzte sinologische Kompetenz das Land zu begreifen und mit Chinesen wirklich zu diskutieren. Sprachlosigkeit lässt nur die Konfrontation. Aber das Bedürfnis, diese Denkweise zu begreifen und dann viel effektiver mit den Menschen in ein Gespräch zu treten und nicht nur in dieser Einseitigkeit zu verharren, ist eine andere, eine zweite Möglichkeit, auf die ich hinweisen möchte.

Hans-Peter Martin: Genaues Hinschauen ist zweifellos richtig. Die Debatte, die in Deutschland darüber geführt wurde, ob für das einzurichtende 5G-Netz ein chinesischer Lieferant beauftragt werden soll, zeigt, dass Aufmerksamkeit geweckt ist. In industriepolitischen Belangen wird schon viel gemacht, auch die wachsende Beteiligung eines chinesischen Investors bei Daimler hat einiges in Bewegung gebracht. Man ist hellhörig geworden und versucht, entsprechende Vorsorge zu ergreifen. Es muss aber unserer ganzen Gesellschaft klarwerden, dass es so gut wie keinen Chinesen außerhalb von China gibt, der nicht in einer bestimmten Form vom chinesischen System beobachtet, überwacht und kontrolliert wird. Wichtig ist, dass wir uns viel intensiver mit den Strategien und Praktiken Chinas beschäftigen, weil eine bestimmte Konzeption von Gesellschaft, von Machterhalt und Machterweiterung dahintersteht. Darauf kann und muss es Antworten geben, denn sonst tritt tatsächlich meine Horrorvision ein, dass wir im Zuge der sich immer verstärkenden Überwachungsmechanismen am Schluss in einer Art von chinesischem System aufwachen – nicht unter chinesischer Führung notwendigerweise.

Christoph König: Bei einem Besuch in China habe ich erlebt, wie unterschiedlich die Denkweisen sind. In China wird bisher eher nicht historisch gedacht. So versteht man die Bedeutung eines Schriftzeichens als immer gleichbleibend, und eine Geschichte seiner Etymologie, d.h. wie das Zeichen zustande gekommen ist, ent-

falte das Zeichen in seiner eigenen Logik, aber außerhalb der menschlichen Geschichte. Der europäische Ansatz ist viel historischer, und das ist eine Stärke. Im Hinblick auf die Identität Europas ist das historische Denken ganz zentral. Hier zeigt sich beispielhaft die Vorstellung, dass man aufgeklärt mit anderen Denkfiguren umgehen muss.

Roland Czada: In einem Youtube-Video über kritischen Journalismus in Krisengebieten gibt es einen kleinen Teil über das Tiananmen-Massaker am Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Das Video ist in China gesperrt worden, und daran ist erkennbar, wie stark dort die Öffentlichkeit kontrolliert werden kann. Und dies reichte noch weiter: Nicht nur das von der Firma Leica produzierte Video – eigentlich eine Werbung für die Kamera, für Fotojournalismus im Kriseneinsatz – wurde gesperrt, es wurde auch das Wort ›Leica‹ für Internet-Suchmaschinen in China gebannt! Wer dort danach sucht, erhält die Antwort, dass der Begriff kein ›sauberer Begriff‹ sei und man nicht danach suchen soll. Zu wissen, dass es diese Möglichkeit gibt und dass sie ohne Skrupel eingesetzt wird, ist das eine. Das andere ist die Aussicht darauf, wie hoch die ökonomischen und sozialen Kosten gerade für Deutschland sein werden, wenn wir China »die Stirn bieten«, wie Sie gefordert haben, Herr Martin. Gerade leidet die Firma Leica darunter. Sie hat sich, wie peinlich, von diesem Video distanziert, weil sie mit dem chinesischen Hersteller Huawei bei Handy-Kameras kooperiert. Der Einsatz von Wirtschaftsmacht, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, ist sehr beunruhigend.

Hans-Peter Martin: Dieses Problem nenne ich in meinem Buch das ›Das China-Ja/Nein-Dilemma‹, es bedeutet: Gehe ich auf die Bedingungen Chinas ein, bekomme ich Probleme. Gehe ich nicht darauf ein, bekomme ich ebenfalls Probleme.

Publikum: Auf einer Reise nach China wurde mir von einem Reiseleiter bestätigt, dass das Internet dort tatsächlich komplett von der übrigen Welt abgekoppelt ist. Abgekoppelt erscheinen auch die USA: dort bekennt sich die Hälfte der Menschen als Anhänger von Präsident Trump. Was er macht, ist richtig, er ist zwar etwas brachial, aber das dient der Nation, und darüber viel zu diskutieren ist unnötig. Diese Linie wird auch in Ungarn, Polen und anderen Ländern favorisiert. Auch der Wahlkampf für die Europawahl bietet einfache Antworten. Viele Menschen sind enttäuscht von den Debatten, verunsichert, und nationalistischen Gruppierungen fällt es leicht, ihre sehr banalen Ideen und Forderungen in die Köpfe zu transportieren. Das ist eine sehr bedauerliche Entwicklung – vielleicht weiß jemand darauf eine Antwort...

Hans-Peter Martin: Zwischen China und Präsident Trump muss man allerdings differenzieren. Ob Trump die geopolitischen Dimensionen richtig einschätzt, ist fraglich. Aber er hat eine ganz klare Haltung, was die Zollpolitik betrifft. Und da hat er hinsichtlich der Benachteiligung der USA nicht ganz Unrecht. Die Gläubigen eines ungezügelterten Freihandels haben beständig wiederholt: Freihandel nützt allen. Doch das stimmt eben einfach nicht. Ich trete grundsätzlich für Freihandel ein, aber nach bestimmten Regeln. Es war schon einer der Sündenfälle, dass unter der Regierung von *Bill Clinton* und *Al Gore* die Verhandlungen mit China dazu führten, dass China 2001 ohne Wenn und Aber in die Welthandelsorganisation aufgenommen wurde. Man sah dort nur den US-amerikanischen Vorteil, spürte auch den Druck der Unternehmen. Das hat sich dann sehr negativ auf die sogenannten *Rust Belt States* ausgewirkt. In der US-amerikanischen Diskussion bis hin zu *Paul Krugman*, immerhin Preisträger der Schwedischen Akademie für Wirtschaftswissenschaften, wurde das ignoriert bzw. geleugnet. Es war dann der Schweizer *David Dorn*, Professor in Harvard, der 2016 aussagekräftig nachwies, dass es im Rahmen des Freihandels mit China Verlierer in den USA gibt. Sowohl *Bernie Sanders* als auch Donald Trump haben das verstanden. Es ist fatal, dass es mit Trump wieder einer der falschen Personen ist, der es möglich wurde, die richtigen Themen aufzugreifen und mit falschen Antworten zu punkten.

Publikum: Als Wissenschaftler dieser Universität kooperiere ich seit zwanzig Jahren mit China, bin häufig dorthin gereist und habe mehrere Kooperationsverträge für die Universität Osnabrück abgeschlossen. Ich bin auch als Gewerkschafter dorthin gefahren – mit der Absicht, zur Demokratisierung und zur Mitbestimmung beizutragen. Ich denke, der Vergleich Chinas mit den USA hinkt, denn die imperiale Macht USA hat seit Jahrzehnten Kriege geführt und interveniert weiterhin militärisch und sanktioniert Länder, die etwa iranisches Öl kaufen, während China bisher keinen Aggressionskrieg geführt hat. Aber der entscheidende Punkt scheint tatsächlich der Überwachungsstaat zu sein. China beabsichtigt, bis 2030 zur führenden Macht der Künstlichen Intelligenz zu werden. Und führende KI-Forscher verfolgen die Idee, dass man Politik durch Künstliche Intelligenz ersetzen könnte. Es heißt, Computer hätten keine Moral, keine Interessen. Daran wird allerdings sowohl in China als auch in den USA gearbeitet. Daher die Frage: Wie schätzen Sie die Zukunft Chinas und der Künstlichen Intelligenz ein?

Hans-Peter Martin: Unbestreitbar macht China enorme Fortschritte in Sachen KI, entgegen der Grundannahme, dass man dafür ein freies Denken benötigt. Die Chinesen produzieren Spitzentechnologie in teilweise atemberaubendem Tempo. Das ist natürlich eine große Gefahr, aber immerhin wird die ethische Dimension der Künstlichen Intelligenz global debattiert. Es wird ja befürchtet, dass am Ende die KI klüger sein wird als wir alle und dass dann eigentlich wir Menschen gar nicht

mehr benötigt werden. Wir brauchen auch dazu eine europäische Reaktion, eine Antwort. Das *Cyber Valley* etwa, das jetzt in Baden-Württemberg aufgebaut wird, ist eine Verbindung von Forschungseinrichtungen der Universitäten Stuttgart und Tübingen, an der viele neue Professuren eingerichtet werden. Ich vertraue auch da darauf, dass wir Europäer aufgrund der Geschichte einen anderen Zugang haben, ein grundsätzlich anderes Verständnis vom Menschen und seiner Stellung in der Gesellschaft und in der Welt. In China gibt es eine andere Basisprägung, bei der das Individuum nicht zählt. Das geringe historische Bewusstsein rührt auch aus der Erfahrung ständiger offizieller Neubewertung vergangener Zeiten, etwa der Kulturrevolution unter Mao oder der Reformperiode unter *Deng Xiaoping*, der 1978 verkündete: »Reich werden ist ruhmreich!«.

Christoph König: Ich schlage vor, dass wir noch einen dritten Themenbereich ansprechen, mit dem wir wieder nach Europa zurückkehren.

Hans-Peter Martin: Die folgenden Überlegungen sind auch im Mittelteil meines Buches nachzulesen: »Der Wunsch nach Anerkennung treibt fast alle Menschen an. Wer sie bekommt, hält die härteste aller Währungen in Händen. Doch in der neuen Welt-Unordnung steht die Belohnung für Bemühungen um sozialen Ausgleich und Frieden nicht mehr hoch im Kurs. Vielmehr eilt das Ressentiment von Sieg zu Sieg, mithin der Groll, eine Abneigung, die sich aus einer zumeist unbewussten Abwehr aufgrund von Vorurteilen und einem Unterlegenheitsgefühl speist. Familie um Familie, Partei um Partei, Land um Land werden davon zerfressen. Jetzt zollen sich nimmersatte Ressentimentiker untereinander Respekt. Der Groll gegen die anderen verbindet sie. Die Eliten revoltieren gegen die Masse der Mitbürger, die Bürgermehrheit gegen das Establishment: Applaus, Applaus. Die offene Gesellschaft erleben viel zu viele Menschen als Kränkungs-gesellschaft, als ungerecht, unfair, ausgrenzend. Dass ihre persönliche Vorstellung von Fairness oft sehr subjektiv ist und andere wiederum abwertet, geht unter.

Thymos ist das Thema, die zornige Gemütslage, verbunden mit den Bedürfnissen von Geschätztwerden und Selbstachtung. Die Liberalen haben die Macht der Gefühle schwer unterschätzt, denn sooft die Märkte, womit vor allem die Finanzmärkte gemeint sind, nicht rational agieren, sooft agieren auch der *homo oeconomicus* und erst recht der *homo politicus* nicht nur aufgeklärt-vernünftig. Inzwischen bespielt das Ehrgefühl als handlungsprägendes Element wieder die großen politischen Bühnen. Radikale Islamisten beziehen sich darauf. Sie erreichen damit heimatlose Muslime, verschaffen ihnen so eine stolze Identität und wieder ein Gefühl von Würde. Das Irre dabei: Auch bei so vielen Bürgerinnen und Bürgern, deren Familien seit Generationen in den altindustrialisierten Gesellschaften leben – also wir, bei uns –, nun aber unter der wachsenden Ungleichheit und sozialen

Geringschätzung leiden –, auch bei denen kommt es zu ähnlichen Prozessen, bisweilen spiegelgleich. Weil sie sich fremd im eigenen Land fühlen und gegen den politischen Islam stemmen, überantworten sie die politische Verantwortung zu Hause bereits neuen ungarischen, polnischen, tschechischen, US-amerikanischen, österreichischen und italienischen Nationalisten.

Die jeweils gemeinsame ›kulturelle Identität‹ wird getrimmt und pompös gefeiert. Ehre trifft nun auf Ehre, Stolz auf Stolz, nicht mehr nur spielerisch auf dem Fußballfeld, sondern in der Disco im Stadtviertel, und das Match wird immer großflächiger. Die logische Folge einer solchen Kränkungsgesellschaft ist die Kriegsgesellschaft. Schon jetzt bleiben viele der bisherigen Demokratien auf der Strecke. Wie in einer Tunnelbohrmaschine auf Autopilot frisst sich die Zerstörung der liberalen Gesellschaft ihren Weg. Wo sie ihren Durchbruch geschafft hat, blenden die Scheinwerfer des Autoritären.«

In einem weiteren Abschnitt meines Buches heißt es unter der Überschrift ›Die Arroganz der offenen Gesellschaft‹: »Verwoben, wenngleich keineswegs deckungsgleich mit ›der Elite‹ und ›dem Establishment‹, sind die Repräsentanten und Verfechter einer offenen Gesellschaft dem Modell des Philosophen *Karl Popper* verpflichtet. Seit dem Durchbruch der Liberalen und Linksliberalen als richtungsweisende geistige Kraft nach der Revolte von 1968 wurde die Annäherung an eine offene Gesellschaft zu einer intellektuellen Selbstverständlichkeit, nicht nur im Westen. Lange lautete gar die Frage: Gibt es überhaupt noch rechte Intellektuelle? Einher ging ein Gefühl der Überlegenheit, gestützt auf die Weltanschauung, welche die Menschenrechte zumindest verbal hochschätzte und Provinzialität nicht. Wir werden immer mehr, und unsere Einstellung wird sich überall durchsetzen, dachten so viele. Und das glaubte ich auch. Dabei unterlagen wir zwei folgenreichen Fehleinschätzungen. Eine davon kam wohl eher unbewusst zustande. Ohne sich ausdrücklich auf *Francis Fukuyamas* Diktum vom ›Ende der Geschichte‹ zu berufen, ging man ja doch davon aus. Mit dem Engagement für eine zumindest gedanklich freie Welt verband sich auch die Überzeugung, dass eine erfolgreiche Marktwirtschaft aufgrund des unablässigen Innovationsdrucks und der daraus ableitbaren Notwendigkeit von Erfindungsreichtum zwangsläufig eine ›offene Gesellschaft‹ erforderte. ›Werch ein Illtum‹, dichtete schon der österreichische Dichter *Ernst Jandl*. Soziologen und Historiker werden sich noch ausführlich damit beschäftigen, ab welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen das Selbstbewusstsein der Anhänger einer offenen Gesellschaft in Arroganz umschlug. Zusehends war man sich selbst genug, in den gentrifizierten Stadtvierteln von Manhattan ebenso wie in Londons Brixton, in Berlin-Schöneberg oder in Wien-Neubau. Links reden und rechts leben, das ging lange gut, in den entsprechenden Szenevierteln sowieso. Der US-amerikanische Autor *David Brooks* beschrieb 2001 in New York diese Schicht als ›Bobos‹, die bourgeoisen Bohemiens. Sie globalisierten sich. *Wir* globalisierten uns. Und die anderen, die

Nicht-Weltbürger, die Nicht-Kosmopoliten? Die blickten es halt nicht und checkten etwas nicht. Aber *die* waren und sind nicht nur die überwiegende Mehrheit, sondern wurden, medial kaum beachtet, zusehends verstimmt.«

Roland Czada: Wir sind jetzt beim Thema Ungleichheit, Spaltung und der Frage der ›offenen Gesellschaft‹, die Sie mit einer gewissen kritischen Distanz beschreiben. Auch *Ralf Dahrendorf*, der große europäische Liberale – und man würde denken, dass er auch großer Verfechter der offenen Gesellschaft war –, äußerte in der Auseinandersetzung mit Karl Popper seine Bedenken. Er sagte: Die offene Gesellschaft ist ein kaltes Projekt, wie Gesellschaft insgesamt ein kaltes Projekt ist, denn wir wissen ja von der Unterscheidung Gesellschaft und Gemeinschaft, die auf *Ferdinand Tönnies* und *Max Weber* zurückgeht: Die Gemeinschaft, das sind die geschwisterlichen Beziehungen der Menschen untereinander. Auch die politische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft, während die Gesellschaft die Begegnungsstätte der Fremden ist, der Marktteilnehmer. Diese Kritik von Gesellschaft als einem ›kalten‹ Projekt ist in Deutschland lange lebendig gewesen, und sie wird heute völlig übertüncht. Ich kann nicht verstehen, wie heute eine Partei ganz unkritisch für eine offene Gesellschaft wirbt, ohne zu sehen, dass es neben dieser offenen Gesellschaft eben auch diese Gemeinschaften gibt und dass es den *Kommunitarismus* gibt, der noch in den 1970er Jahren auch in der wissenschaftlichen Literatur von *Etzioni* und anderen gefeiert wurde und sogar in der Studentenbewegung Anklang fand. Das ist jetzt plötzlich vergessen. Wir müssen uns klarmachen, dass die Liberalen – und ein Liberaler wie Dahrendorf – dieser offenen Gesellschaft kritisch gegenübergetreten sind.

Hans-Peter Martin: Diese Formulierung – Gesellschaft als ein ›kaltes‹ Projekt, im Unterschied zur Gemeinschaft – ist tatsächlich erhellend, weil genau dieses Verständnis uns in vielen Milieus so abhandengekommen ist. Und jetzt punkten die Neonationalen mit der Betonung eines Gemeinschaftsgefühls und mit der Identifizierung mit einer bestimmten Form von Heimat. Da geht es um ganze soziale Milieus. Aber auch für unsere Demokratie, für das europäische Projekt und für den sozialen Zusammenhalt brauchen wir ein übergreifendes Zuwegebringen. Eines noch zum Thema Ungleichheit: Ein US-amerikanisch-australisches Forschungsteam von Archäologen hat auf der Grundlage von Siedlungsbauten über die letzten zehntausend Jahre festgestellt, dass es selten eine so große gesellschaftliche Ungleichheit gab wie heute. Und der gebürtige Österreicher *Walter Scheidel*, jetzt Professor in Stanford, der sich mit der Einebnung von Ungleichheit, wenn sie sehr groß geworden ist, beschäftigt, kommt in seinem Buch *The Great Leveler* zu dem Schluss, dass es in den vergangenen 2000 Jahren nur drei Ursachen für

das Einebnen von großer sozialer Ungleichheit gab: a) Naturkatastrophen, b) Seuchen wie Pest und Cholera und c) bewaffnete Auseinandersetzungen, also Kriege oder Revolutionen.



Christoph König, Hans-Peter Martin und Roland Czada

Christoph König: Ich greife gern den Gedanken der Gemeinschaft und damit die Publikumsfrage zum gegenseitigen Verständnis zwischen Franzosen und Deutschen auf. Gemeinschaft ist traditionell an die Sprache gebunden, die Sprache als eine Form der Weltsicht und als ein Mittel der Identifikation. Insofern haben wir ein großes Problem in Europa, weil es hier 23 offizielle, insgesamt sogar etwa 60 Sprachen gibt, die alle ihre eigenen Gemeinschaften ausbilden. Und wir haben eine bestimmte Erfahrung aus dem 19. Jahrhundert: Aufgrund von Sprache werden Nationen gebildet, Idiosynkrasien entstehen, bestimmte Eigentümlichkeiten. Wenn wir das europäisch denken, fragt sich, wie damit umzugehen ist, ohne auf das Englische zurückzugreifen. Englisch ist eben keine gemeinschaftsbildende Sprache, denn die meisten beherrschen es nicht. Die eigene Muttersprache reicht auch nicht aus, um ein hinreichendes Verständnis für die Anderen in ihrer Fremdheit herzustellen. Das Ziel müsste also sein, eine ›Fremdheit‹ in der eigenen Sprechweise einzurichten, neben der Beherrschung des Englischen.

Als Emmanuel Macron in seiner bekannten Rede an der Sorbonne große Begriffe verwendete, *liberté* etwa, verstand man das in Deutschland nur als Anmaßung. Macrons Sprachgestus ist aber republikanisch und hat eine gewisse Emphase, die hierzulande fremd wirkt. Das Wahlprogramm des EVP-Kandidaten

Manfred Weber stellt dagegen ›Wohlstand‹ in das Zentrum der Argumentation. Das sind zwei sehr verschiedene Sicht- und Sprechweisen. ›Wohlstand‹ hat in Frankreich einen ganz anderen Klang, ist einfach nicht *sexy*. Da treten andere Begriffe hervor, und eine Einigung, ein gegenseitiges Verständnis, funktioniert nur, wenn man zunächst einmal versucht, das eigene Unbehagen an der Formulierung des anderen zu kontrollieren. Diese Sprachfrage kommt in dem europäischen Projekt nicht oder kaum vor.

Roland Czada: Wir kennen ja den Begriff der Sprachgemeinschaft. Die Europäische Union ist aber keine Sprachgemeinschaft. Deutschland dagegen war schon vor der Nationwerdung, vor der Staatenbildung, eine Kultur- bzw. Sprachgemeinschaft.

Christoph König: Vor etwa zehn Jahren machte der Linguist *Jürgen Trabant* den Vorschlag, das Ziel der Europäer solle sein, dass jeder die eigene Muttersprache beherrscht, ferner Englisch als Kommunikationssprache. Und darüber hinaus möge jeder noch eine dritte Sprache wählen, als eine ›Adoptivsprache‹, z.B. Ungarisch. Man könnte als Europäer versuchen, in dieser dritten Sprache selbst wieder muttersprachliche Kompetenzen anzustreben.

Hans-Peter Martin: Man könnte natürlich die Debatte weiterführen: Was ist eine Nation? Was gehört konstruktiv zu einem Staat und zum Staatswesen dazu? Damit begeben wir uns auf teils schwieriges Terrain. Für mich ist Englisch keine Fremdsprache mehr, und ich meinte immer, das könne doch eigentlich jeder lernen. Aber meine langjährigen Erfahrungen in Brüssel als unabhängiges Mitglied des Europäischen Parlaments zeigen, dass es nicht stimmt, erst recht in einer Volksvertretungskörperschaft nicht, in der auch viele Nicht-Akademiker und Menschen sitzen, die nicht so eine privilegierte Ausbildung erfahren durften wie ich.

Jean-Claude Juncker machte einmal in einem Werbespot die Bemerkung: »Wir brauchen jetzt die europäische Identität und die gemeinsame Sprache!«. Ein Journalist hat das mit den Worten kommentiert: Vielleicht sei gerade das etwas, was zeige, dass es keine Europäische Union geben *kann*. Da kann ich nur mit Abwehr reagieren und sagen: Aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Wir brauchen eine gemeinsame Sprache als Verbindung. Allein mit einer Kunstsprache lässt sich das europäische Projekt als gemeinsames Anliegen nicht in unsere Herzen bringen.

Roland Czada: Wir hatten ja schon eine europäische Sprache. Wer den Roman *Der Name der Rose* von *Umberto Eco* kennt, weiß, dass man zu Zeiten, in denen

er spielt, durch ganz Europa reisen konnte, und in jedem Kloster, in jeder Kirche verständigten sich alle Intellektuellen auf Lateinisch.

Hans-Peter Martin: Ja, aber eben nur die gescheiterten Leute. Die haben sich allerdings auch nicht immer anständig benommen.

Publikum: Inwiefern unterscheidet sich eigentlich Ihre Kritik am Kosmopolitismus bzw. an der Arroganz der Kosmopoliten von der Position Victor Orbáns?

Hans-Peter Martin: Wenn ich von der Arroganz der Kosmopoliten spreche, ist das auch ein Stück Selbstkritik an unserem eigenen Verhalten. Arroganz kann man ablegen. Eine Voraussetzung dafür ist aber, sich überhaupt einzugestehen, arrogant zu sein. Ich war auch einmal einer dieser klassischen, verwöhnten *Spiegel*-Korrespondenten, die ich heute als unangenehm empfinde, weil sie einen falschen Zugang zur Wirklichkeit suchen. Dabei geht es um Respekt vor anderen und die Abkehr von Besserwisserei. Begriffe wie ›Globalisierungsverlierer‹ oder ›Abgehängte‹ vermeide ich nicht nur, sondern lehne sie ab. Ein anderer Begriff scheint mir passender. Ich spreche von den ›Nicht-ernst-Genommenen‹. Das ermöglicht es, wieder miteinander zu reden und den Dialog zu führen. Viktor Orbán zeichnet ein ganz anderes Bild von den ›Kosmopoliten‹, wie etwa auch *Theresa May*. Sie hätten kein Zuhause, keine Wurzeln. Wie Orbán und andere Rechte und Neonationale das verwenden, hat teilweise auch rassistische und/oder antisemitische Untertöne. Da wird mit der Sprache auf etwas angespielt, das sehr niedere Instinkte, Vorurteile und offen rassistische Einstellungen bedient. Ich sehe das vollkommen anders und finde es wunderbar, mehrere Sprachen zu verstehen, in verschiedenen Ländern arbeiten zu können und mich in Deutschland wohlfühlen wie auch in meinem Geburtsland Österreich.

Publikum: Sie haben einen sehr interessanten Blick auf Europa bzw. auf die EU geworfen. Nur am Anfang aber haben Sie das Problem Russland angesprochen. Wäre das nicht wirklich lösbar, wenn wir das Europa-Projekt insgesamt noch einmal in Augenschein nehmen würden, wenn wir Europa noch einmal neu definieren würden? Ein Beispiel für die gegenwärtig verrückte Situation ist der heftige Streit über das Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2. Warum wird eigentlich von manchen davor gewarnt? Das Gas, das über Land durch Polen und die Ukraine kommt, wird doch ebenso von Russland geliefert wie das, was aus dieser Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 kommen wird. Hinter dieser europäischen Problemdiskussion sehe ich nur den US-amerikanischen Versuch, Europa von Russland zu trennen, um eigene Machtinteressen zu verfolgen.

Auch vor China muss man in Europa nicht den übertriebenen Respekt haben, der hier angeklungen ist. Wenn dort eine riesige Militärmacht aufgebaut wird, um

asiatische Nachbarn wie Indonesien, Vietnam oder Thailand einzuschüchtern und wenn im Übrigen die Hälfte der Chinesen damit beschäftigt ist, die andere Hälfte zu überwachen, kostet das China viele Ressourcen, und es verhindert ein freies Denken, das unser großer Vorteil in Europa ist.

Hans-Peter Martin: Ich war in Russland als Journalist auch in der Ära des Umbruchs von der Sowjetunion bis zu deren Zerfall unterwegs. Es war die Zeit von Jelzin und danach. Da gab es prägende persönliche Erfahrungen für mich: Selbst im *Club of Rome* warb der damalige Präsident *Ricardo Diéz-Hochleitner* 1991/92 am intensivsten dafür, Russland mit einzubeziehen. Ich halte die Demütigungen Russlands, mit denen wir im Wesentlichen US-amerikanischen Interessen gefolgt sind, für einen kardinalen Fehler. Das russische Volk ist nicht unbedingt auf einen Präsidenten Wladimir Putin erpicht. Und ja, bitte, bitte Europa neu denken! Vielleicht gibt es mit der Wahl *Wolodymyr Selenskyjs* zum Präsidenten der Ukraine eine neue Chance. Wo regionalpolitische Interessen eine Rolle spielen, dass nämlich Polen an der Gasdurchleitung mitverdienen möchte und die Ukraine um eine sichere Gasversorgung bangt, gibt es klassische Interessenkonflikte. Aber die gibt es auch in jeder Stadt, wenn es um die Neuverlegung einer Straße oder den Ausbau eines Flughafens geht. Das müsste doch zu lösen sein.

Was China betrifft, ist es sicher richtig, dass dort viele Ressourcen zur Überwachung der Menschen verbraucht werden. Wie einst in der DDR – so viele Informationen, so viele Karteikarten, aber gar nicht die Möglichkeit, das alles auszuwerten. Heute ist dies aber signifikant anders. Es kostet fast gar nichts mehr, alle Daten zu erfassen und sie punktgenau auszuwerten. Eine andere Frage ist, wie stabil die Macht in China ist. Darüber gibt es viele Spekulationen. Aber die Warnung vor China ist dennoch sehr ernst zu nehmen, denn am Ende spitzt es sich zusehends zu auf die Frage: Krieg oder Frieden?